



SEPP

SOZIALISTISCH-EMANZIPATORISCHES POSITIONSPAPIER



VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in bewegten Zeiten. Wir leben in Zeiten, die es nicht leicht machen an eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft zu glauben und für sie zu kämpfen. Wir leben in einem Deutschland, das tagtäglich von den Schreien und Taten demokratiefeindlicher Menschen erschüttert wird. Wir leben in einem Europa, das an der Verteilung von geflüchteten Menschen zu zerbrechen scheint. Wir leben in einer Welt, in der Großbritannien Kleinstaaterei über einen solidarischen Staatenbund stellt und in der die Vereinigten Staaten von Amerika von einem demokratisch gewählten Populisten regiert werden. Wir leben in Zeiten, in denen Inhalte, Fakten und Wahrheit vertrieben werden von Hass und Lügen.

Doch in diesen Zeiten wollen wir nicht leben. In diesen Zeiten wollen wir nicht tatenlos zuschauen.

Aus dieser Überzeugung heraus wenden wir, die Jusos Niederbayern, uns mit unserem Zentralorgan, dem Sozialistisch-Emanzipatorischen-Positionspapier, an die Öffentlichkeit. Wir wollen Ursachen für bestehende Probleme aufzeigen, anstatt nur an der Oberfläche zu kratzen, und Lösungen statt Hetze präsentieren. Wir wollen uns selbst kritisch hinterfragen und in einen offenen Diskurs defizitäre Strukturen identifizieren und erneuern. Vor allem kämpfen wir für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft, die wir uns nicht von den Rechtspopulisten der AfD und der CSU zerstören lassen wollen.

Entschieden treten wir ein für eine Gesellschaft, in der jedes Mitglied die gleichen Chancen bekommt und niemand abgehängt wird. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Freiheit am massivsten durch das bestehende Klassenverhältnis eingeschränkt wird, welches es daher endlich aufzubrechen gilt. Und letztlich kämpfen wir auch für ein solidarisches und offenes Europa, statt nationalen Protektionismus.

Insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes greifen viele Parteien zu radikalen Vereinfachungen und präsentieren uns Abschottung und Marktradikalisierung als Allheilmittel. Wir jedoch sind der Überzeugung, dass soziale Absicherung, gute Arbeit, faire Renten und hochwertige Bildung nicht das Privileg weniger, sondern das Grundrecht aller sein sollen. Gleichstellung von Mann und Frau, sexuelle Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit und Kulturvielfalt halten wir für wichtiger als Leitkultur und Obergrenzen.

Wir reichen allen, die sich an unsere Seite stellen wollen, die Hand. Nur gemeinsam können wir die Welt von morgen gestalten. Überlassen wir es also nicht den Ewiggestrigen, die Zukunft zu verändern, sondern nehmen wir es selbst in die Hand.

Glück auf!

Luisa Haag
für den Bezirksvorstand

INHALTSVERZEICHNIS

Demokratie, Sozialismus und Amerika	4
Gleichstellung per Eilantrag?	10
Die AfD - Partei des Ostens?	17
Frankreich braucht keine Arbeitsmarktreform	25
Wir sind Europa!	32
Krieg und Frieden	37
Wenn der schwarze Hund mehr frisst als nur die Hausaufgaben...	44

DEMOKRATIE, SOZIALISMUS UND AMERIKA

Was die deutsche Sozialdemokratie von Bernie Sanders lernen kann

von **Leon Struve**

„Die USA, das sind Coca Cola, Kapitalismus und Konsumwahn, Irakkrieg, George W. Bush und die NSA. Ein Land, in dem Waffen schwingende Jesus-Freaks mit Cowboyhüten Politik und Gesellschaft dominieren. Ein Staat, der, wenn er gerade mal keine Kriege im Ausland führt, im eigenen Land Minderheiten, wie Afroamerikaner*innen und Homosexuelle, in die Tonne tritt.“ - so oder so ähnlich sind viele der gängigen Vorurteile gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich auch in manchen linken Kreisen durchaus großer Beliebtheit erfreuen. Um ehrlich zu sein: In der Vergangenheit lieferte das politische Personal der USA so manche Steilvorlage zur Bestätigung dieser Stereotypen. Ein dümmlich grinsender George W. Bush,

der nach dem 11. September sinnlose wie mörderische Kriege führte und innerhalb der USA gegen Evolutionstheorie und Homoehe gerichtete, religiöse Fanatiker gewähren ließ, ist nur eines der prominenteren Beispiele. Nichtsdestotrotz wird vermutlich jeder klar denkende Mensch anerkennen, dass die USA immer wieder auch eine Kraft der Innovation und des Fortschritts in der Welt waren. Und dies betrifft keineswegs nur den technischen Fortschritt oder die Populärkultur, auch politische Entwicklungen in den USA nötigen dem geschichtskundigen Menschen stets aufs Neue Respekt ab. Wir reden hier immerhin von einem Land, das einen großen Teil seines frühen Wohlstandes zwar der Sklaverei, der systematischen Ausbeutung und Entrechtung schwarzer Menschen verdankte,

gleichzeitig aber auch mit der Bürgerrechtsbewegung, mit Dr. Martin Luther King, Rosa Parks und Malcom X, Ikonen im Kampf gegen den Rassismus hervorbrachte und jüngst einen Afroamerikaner zweimal zum Präsidenten wählte. Es ist ein Land, das einen blutigen und nutzlosen Krieg in Vietnam führte, im selben Zeitraum der 1960er-Jahre Hippies, Woodstock und eine starke Antikriegsbewegung hervorbrachte. Ein Land also, das vermutlich wie kein anderes fähig ist Widersprüche in sich zu vereinen. In welchem, um es dialektisch zu formulieren, zur rechten, konservativen These, stets die linke, progressive Antithese entsteht.

Ist es analog zu den zuvor genannten gegensätzlichen historischen und gesellschaftlichen Prozessen nicht logisch, dass im Land von Wall Street, Ronald Reagan und Milton Friedman eine Antithese zum neoliberalen Kapitalismus in Form einer großen linken Sammlungsbewegung entsteht?

Eben solch eine große Gegenbe-

wegung zu den herrschenden Verhältnissen in den Vereinigten Staaten war während des vergangenen Vorwahlkampfes spürbar. Sie kanalisierte sich um Bernie Sanders, den 74-Jährigen linken Senator des US-Bundesstaates Vermont. Sanders, der weit ab vom Mainstream der amerikanischen Politik während seiner Karriere als Volksvertreter immer progressive Inhalte vertrat. Sei es sein Nein zum Irakkrieg, sein Widerstand gegen neoliberale Freihandelsabkommen oder sein unermüdlicher Einsatz für die Rechte homosexueller Menschen. Und obwohl Sanders für eine Politik weit links des Establishments warb und er zu allem Überdruß auch noch bekennender Atheist und Sozialist ist – schon das Bekenntnis zu einer dieser Geisteshaltungen kann bei einer US-Wahl zum Verhängnis werden – erhielt er Millionen von Wähler*innenstimmen und Unterstützung, gerade von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zwar unterlag er letztlich im Zweikampf seiner Konkurrentin Hillary Clinton,

die den Parteiapparat der Demokratischen Partei und viele vermögende und einflussreiche Gönner*innen hinter sich wusste, trotzdem sollte man es sich als fortschrittlich denkender Mensch nicht nehmen lassen einen Blick auf diese Bewegung und ihre doch recht beachtlichen Erfolge zu werfen. Daher werden an dieser Stelle, ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige interessante Aspekte des Erfolgs von Bernie Sanders, die auch für die deutsche bzw. europäische Sozialdemokratie Anregung sein können und sollen, aufgeführt. Seit Willy Brandt hat kaum ein Spitzenkandidat der SPD mehr offensiv das Konzept eines demokratischen Sozialismus vertreten. Zu sehr erinnere dieser Begriff an die kommunistischen Zwangssysteme im Osten Europas meinen viele Personen aus dem rechten SPD-Flügel. Der Technokrat und frühere SPD-Generalsekretär Olaf Scholz meinte gar während der Debatte zum letzten SPD-Grundsatzprogramm, man solle ganz auf den Begriff verzichten: „Es gibt keinen Zustand mit

diesem Namen, der auf unsere marktwirtschaftlich geprägte Demokratie folgen wird. Deshalb sollten wir nicht solche Illusionen erzeugen.“ Wie sooft irren Scholz und die SPD-Rechte, es geht nicht um Illusionen und Tagträumereien, sondern um Visionen, um langfristige Gestaltungspläne für das gesellschaftliche Miteinander. Bernie Sanders machte dies sehr deutlich indem er den demokratischen Sozialismus erklärte, konkret machte und damit scharf von den undemokratischen Sozialismusvorstellungen Stalins, Maos und Pol Pots abgrenzte: „Democratic socialism means that we must create an economy that works for all, not just the very wealthy. Democratic socialism means that we must reform a political system in America today which is not only grossly unfair but, in many respects, corrupt.“ Demokratischer Sozialismus a la Sanders heißt also herunter gebrochen: Eine Wirtschaft, die für alle funktioniert und ein faires, nicht korruptes politisches System. Das ist natürlich aus Sicht der politischen Linken und

weiter Teile der Jusos zu unkonkret und zu wenig radikal. Das mag auch stimmen, allerdings müssen wir von Sanders ja auch nicht lernen wie Sozialismus exakt zu definieren ist, sondern wir müssen wie Sanders wieder Mut haben große Begriffe zu verwenden, um sie dann mit Leben und konkretem Inhalt zu füllen. Künftige sozialdemokratische Erfolge bei Wahlen werden nicht durch eine halbherzige Mietpreisbremse und einen löchrigen Mindestlohn zu erreichen sein, vielmehr bedarf es wieder linker Gegenentwürfe zur herrschenden neoliberalen Ordnung.

Ein großer Teil des Erfolges von Sanders liegt in der Tatsache begründet, dass er sein linkes Programm für Mittelschicht und Arbeiterklasse glaubhaft vertreten konnte. Anders als Konkurrentin Clinton, die ähnlich wie Peer Steinbrück 2013, heftig für ihre hohen Gehälter für Reden vor der Wall Street und großen Konzernen und ihr konservatives und neoliberales Abstimmungsverhalten kritisiert wurde, konnte man

Bernie Sanders Glaubwürdigkeit nie ernsthaft bestreiten. Er war nie Teil des Establishments der Demokratischen Partei und blieb, durch sein unkonventionelles Abstimmungsverhalten im US-Senat, stets von den Trögen der Macht und des Reichtums ausgeschlossen. Wie schafft man es jedoch, einen idealistischen Menschen, der aber politisch immer in der zweiten Reihe stand, nach vorne in hohe Spitzenpositionen zu bringen? Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand: Indem man nicht an einem längst überkommenen System von Delegiertenwahlen und autoritär organisierten Parteitagern, wie es in der deutschen Sozialdemokratie immer noch etabliert ist, festhält. Diese Form der innerparteilichen Willensbildung schließt nämlich nicht nur Personen aus, die mangels dauerhaftem Kontakt (z. B. wegen Studium etc.) zu ihrem SPD-Ortsverein, keine Chance auf eine Wahl zum Delegierten haben, es verhindert auch, dass „Outsider-Kandidat*innen“ eine echte Möglichkeit erhalten,

gewählt zu werden. Dies liegt daran, dass ein Parteitag aus Delegierten natürlich immer lieber eine bekannte, etablierte Person wählt, als eine*n ziemlich unbekannte*n aber idealistische*n Außenseiter*in. Zwar ist das komplizierte System der amerikanischen Vorwahlen, mit seinen zahlreichen Variationen von Primaries und Caucuses, auch kein ideales Konzept, jedoch das einer Ur-Wahl mit einigem Vorlauf und ein paar öffentlichen Debatten zwischen den Kandidierenden durchaus. So würde nicht nur breites öffentliches Interesse an der Entscheidung geweckt, sondern auch Personen aus der zweiten oder dritten Reihe der SPD eine Chance gegeben, sich und ihre Ideen an der Basis populär zu machen. Eine weitere Überlegung ist auch die Öffnung solcher Ur-Wahlen für Personen, die nicht der SPD angehören. Zwar ist das Konzept einer „Open Primary“, einer Vorwahl bei der jede*r registrierte*r Wähler*in abstimmen darf, für uns sehr befremdlich, immerhin will niemand, dass z. B. irgendein

rechtslastiger JU-Funktionär den SPD-Kanzlerkandidaten mitwählen kann, allerdings gibt ein solches Modell die Möglichkeit, eine*n SPD-Kanzlerkandidat*in zu küren, welche*r einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt genießt. Eventuell ist das Konzept der britischen Labour Party ein Kompromiss, hier dürfen neben den Mitgliedern der Partei auch Mitglieder befreundeter Organisationen abstimmen, z. B. Gewerkschaften, sozialistische Vereine etc. Aber ganz unabhängig von der konkreten Ausgestaltung müssen wir von der amerikanischen Erfahrung lernen, wie wir Formen der innerparteilichen Willensbildung etablieren können, die auch Personen, die nicht zum engsten Führungszirkel innerhalb SPD-Parteizentrale gehören, eine Chance auf den Parteivorsitz oder die Kanzlerkandidatur gewähren.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernehmen sollten, hängt unmittelbar mit der bereits zuvor erwähnten

Glaubwürdigkeit Sanders zusammen. Bernie Sanders verzichtete nämlich bei der Finanzierung seiner Kampagne vollkommen auf Gelder von Konzernen und Lobbygruppen. Stattdessen sammelte er dutzende Millionen an Spenden von der amerikanischen Bevölkerung ein, um von Kapitalinteressen und deren Lobbyismus verschont zu bleiben und damit weiterhin nur dem amerikanischen Volk verpflichtet zu sein. Dies war nur konsequent, denn wer hätte es ernst nehmen sollen, wie Sanders die Gier und das rücksichtslose Verhalten der Wall Street anprangerte, wenn er aber, wie Clinton und Obama vor ihm, seinen Wahlkampf von eben jenen Halunken hätte finanzieren lassen. Das gleiche Glaubwürdigkeitsproblem hat auch die SPD. Wer soll unsere Forderungen nach einem solidarischen Miteinander und einer gerechten Gesellschaft ernst nehmen, wenn wir zeitgleich hunderttausende an Euros vom deutschen Großkapital einstreichen? Darüber hinaus ist es in Zeiten von Internet, Crowdfun-

ding und sozialen Netzwerken problemlos möglich große Geldmengen für politische Zwecke zu mobilisieren, wenn Programm und Personal stimmen, dies bewies die Sanders-Kampagne eindrucksvoll. Deswegen sollten wir es kurzfristig als ersten Schritt der Partei die Linke gleich tun und auf Großspenden aus der Wirtschaft verzichten und uns außerdem im Falle eine rot-rot-grünen Koalition 2017 für ein generelles Verbot dieser einsetzen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Erfolg von Bernie Sanders, aber auch der von anderen linken Sozialdemokrat*innen wie Jeremy Corbyn im Vereinigten Königreich, kann auch der unsere sein. Möglich ist das aber nur, wenn wir wieder glaubhaft eine Vision von einer freien und sozialistischen Gesellschaft vertreten, unsere innerparteilichen Formen der Willensbildung revolutionieren und der Vereinnahmung unserer Partei durch kapitalistische Interessen den Kampf ansagen!

GLEICHSTELLUNG PER EILANTRAG?

Wie finanzpolitische Maßnahmen Gleichberechtigung beeinflussen

von **Valeria Silva Gomez**

Das Frauenwahlrecht 1918, die Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter als Ziel im Grundgesetz 1993, und mit der gesetzlichen Frauenquote in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen kommt der Wandel 2016 auch in der obersten Etage der Wirtschaft an.

Manuela Schwesig stellt zur Einführung der Frauenquote klar: "Das Gesetz ist ein historischer Schritt für die Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland."(BMFSFJ) Unter #diequotewirkt feiert das Bundesfamilienministerium einen "Kulturwandel". Und in der Tat, das neue Gesetz verbessert die Lage von Frauen im Management, und durch mehr weibliche Sichtweisen und Mitbestimmung in Entscheidungsprozessen, indirekt auch die Situation von allen Arbeitnehmerinnen. Dabei

stößt es eine Debatte in Unternehmen an, die längst überfällig ist: Warum sitzen so wenige Frauen in Führungspositionen? Warum ist der Arbeitsmarkt männerdominiert?

Die Antwort hierauf ist keine einfache und zeigt, dass die Quote ein wichtiger und notwendiger Schritt in Richtung tatsächlicher Gleichstellung ist, jedoch alleine keinen Kulturwandel auslösen können wird. Um eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, muss ein struktureller Wandel in der Wirtschaft und allen Politikfeldern stattfinden.

Der folgende Text skizziert die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt kurz, stellt die daraus resultierenden Folgen auf Erwerbstätigkeitsmodelle von Frauen dar und analysiert anschließend die Wirkung einzelner Maßnahmen aus dem finanzpolitischen Bereich auf die Partizipation der

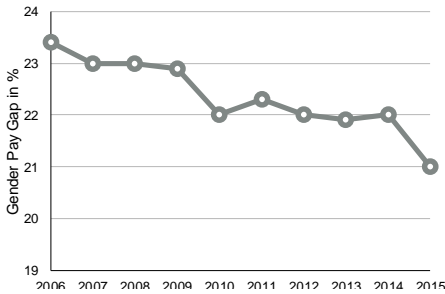


Abbildung 1: Gender Pay Gap in Deutschland 2006 - 2015

Geschlechter am Arbeitsleben, um im Schlussteil daraus hervorgehende politische Forderungen darzustellen.

Stilisierte Daten

Seit Jahren wird die sog. Lohnlücke (vgl. Abb. 1), also die Differenz zwischen den Einkommen von Männern und Frauen, kontinuierlich abgebaut. Frauen haben in der Bezahlung ihrer Arbeit absolut wie relativ aufgeholt. Doch nach wie vor gibt es große Unterschiede zwischen dem Verdienst von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Die Lohnlücke beträgt 21% im Jahr 2015.

Das sinkende, aber immer noch

große Gender Pay Gap lässt sich wie folgt erklären: Bei gleicher Tätigkeit und Qualifikation erhalten Frauen im Schnitt 7% weniger Lohn (vgl. Statistisches Bundesamt). Diese strukturelle Diskriminierung ist erschreckend. Doch auch bei der Tätigkeit und der Qualifikation gibt es große Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die die Lohnlücke beeinflussen. Seit den 1960er Jahren, in denen die Ehe als Alleinernährermodell noch die Regel war, hat sich viel verändert. Trotzdem gibt es noch deutlich mehr (Teilzeit-) Hausfrauen als -männer. Die Erwerbstätigenquote der Frauen liegt aktuell mit 68% deutlich unter der der Männer mit 77% und hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre nur wenig angenähert (vgl. IAB Forschungsbericht 14/2013). Abbildung 2 zeigt, dass Arbeitnehmerinnen knapp viermal häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen als Arbeitnehmer.

Die hier aufgeführten Daten sollen nur einen kurzen Eindruck über die Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt liefern, doch

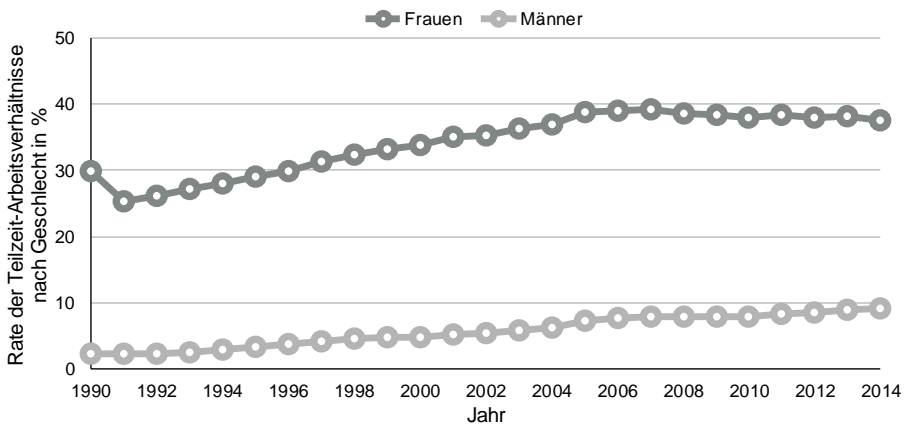


Abbildung 2: Teilzeitbeschäftigung nach Geschlechtern

zeigen sie bereits deutlich, dass Frauen im Durchschnitt weniger arbeiten und weniger verdienen als Männer.

Die Folgen hier von sind genauso vielschichtig wie fatal: Weniger Gehalt bedeutet in erster Linie weniger Selbstbestimmung und Freiheit in der Lebensplanung und stattdessen eine größere Abhängigkeit vom Hauptverdiener. Wie die oben aufgeführten Daten zeigen, ist dies in den allermeisten Fällen der Mann. Im Alter verschlechtert sich die Lage weiter: Wenig Verdienst führt zu geringen Rentenansprüchen und meist zu Altersarmut. Die Abhängigkeit steigt weiter.

Das Gender Pay Gap hat auch noch einen anderen Effekt. Durch den geringeren, zu erwartenden Lohn (ca. 7% weniger, s. o.) sinkt der Anreiz für Frauen, in Bildung zu investieren, da der zu erwartende Grenzertrag von Bildung geringer als bei Männern ist: Ein zusätzliches Jahr an Ausbildung generiert geringere Einkommenseffekte bei Frauen als bei Männern, d. h. dass sich für Frauen Weiterbildung weniger auszahlt.

Damit führt die strukturelle Lohndiskriminierung von Frauen und das bereits bestehende Gender Pay Gap automatisch zu einer Lücke hinsichtlich

der Qualifikation - zum sog. Gender Qualification Gap. Die Unterschiede in der Ausbildung vergrößern wiederum die Unterschiede im Einkommen.

Die Einkommenslücke hat wirkungsreiche Folgen, die sich selbst verstärken und ist weder für die Betroffenen noch für die Allgemeinheit von Vorteil.

Woran also liegt es, dass in einer modernen Gesellschaft, in der Gleichberechtigung der Geschlechter selbstverständlich scheint, Frauen nicht einfach mit den Männern gleichziehen?

Wirkung von Anreizsystemen in Besteuerung und Sozialleistungen

Haushalte reagieren auf Anreize. Ein solcher finanzieller Anreiz, mit dem der Staat seit den 1950er Jahren Familien fördern möchte, ist das Ehegattensplitting. Hierbei wird zur Berechnung der Einkommenssteuer das gesamte Einkommen des Paares gleichmäßig auf beide Partner verteilt und beide zahlen für dieses fiktive Einkommen Steuern. Verdienen beide Erwerbspersonen gleich viel,

hat das Splitting keinen Effekt. Gibt es jedoch eine*n Haupt- und eine*n Nebenverdiener*in, spart der Haushalt aufgrund der Progressivität der Steuer. Der Besserverdienende (meistens der Mann, vgl. oben) wird nicht durch einen höheren Steuersatz stärker belastet, sondern wird besteuert, als würden beide gleich viel verdienen. Die gesparte Steuer steigt mit der Differenz der Einkommen. Haushalte, in denen nur eine Person arbeitet, profitieren also am meisten von der Regelung. Im Gegenzug bedeutet das für die Zweitverdienerin (in der Regel die Frau) eine hohe Grenzsteuerbelastung, also aus deren Sicht wird jeder zusätzlich verdiente Euro deutlich höher besteuert, als er es bei Individualbesteuerung worden wäre. Die Steuer verzerrt folglich ihr Nettoeinkommen deutlich nach unten und somit steigt der Nutzen aus einer Stunde Freizeit im Vergleich zu dem Nutzen aus dem Lohn für eine Stunde Arbeit. Für die Frau ist es optimaler, weniger zu arbeiten, als sie es eigentlich wollte. Ehegattensplitting schafft zwar fi-

nanzielle Vorteile, wenn das Paar unverändert weiterarbeitet, verringert aber das Arbeitsangebot der Zweitverdienenden, weil es Anreize zu möglichst ungleich verteilten Einkommen der Partner setzt. Die Folgen einer sinkenden Beschäftigung der Frauen sind offensichtlich: ein größer werdendes Gender Pay Gap, weniger Rentenansprüche und damit die Gefahr der Altersarmut und die finanzielle Abhängigkeit der Frau vom Ehepartner. Daraus folgt: Steuermodelle wie dieses, die die Ehe als Versorgungsmodell sehen, verstärken Ungleichheit!

Ähnlich falsche Anreize setzt das Betreuungsgeld - nämlich zuhause zu bleiben und die Kinder zu betreuen. Wieder trifft es die Zweitverdienende. Diese Sozialleistung, nicht umsonst Herdprämie genannt, fördert nicht die Gleichstellung, indem sie die Familie stärkt, sondern setzt aktiv eine Hürde für Frauen, wieder in den Beruf einzusteigen: In das Haushaltskalkül werden nun nicht nur der Nettolohn und der Nutzen von Zeit z. B. für die Kin-

der miteinbezogen, sondern es wird zwischen dem Lohn einerseits oder der Freizeit plus dem Betreuungsgeld andererseits abgewogen. Auch hier fällt die Entscheidung wegen der Sozialleistung zugunsten weniger Lohnarbeit aus. Problematisch dabei ist, dass der Staat monetäre Anreize für Frauen setzt, die eigene Karriere zurückzustellen. Die Effekte sind die gleichen wie bei dem Ehegattensplitting: weniger Aufstiegschancen und Gehalt für Frauen und eine daraus resultierende stärkere finanzielle Abhängigkeit vom Partner - jetzt und im Alter.

Trotz einer für die Belange von Arbeitnehmerinnen sensibilisierten Gesellschaft, verhindert das Bestehen und - in letzter Zeit leider auch - die Einführung von rückschrittigen Instrumenten die volle Partizipation der Frauen am modernen Arbeitsleben. Wer Paare, die eine gleichberechtigte Beziehung in Hinblick auf Erziehungszeiten und Jobchancen führen, strukturell im Vergleich zu Paaren mit deutlicher Rollenverteilung zw. Haupt- und

Nebenverdiener*in steuerlich benachteiligt, darf sich nicht wundern, dass die Gleichstellungsbemühungen irgendwann an eine „gläserne Decke“ stoßen.

Damit Frauen in der Arbeitswelt endlich zu den Männern aufschließen können, braucht es keine Politik, die tradierte Rollenbilder festigt, sondern eine, die Frauen ermutigt, ihre Karrierewege zu gehen und progressive Familienmodelle fördert.

Mindestlohn: Beispiel für gleichstellungsfördernde Lohnpolitik

Gleichstellungspolitik beschränkt sich nicht nur auf Gesetze, die direkt die Situation von Frauen verbessern, wie es die Geschlechterquote tut. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und auch Maßnahmen, die auf soziale Gerechtigkeit zielen, wie der gesetzliche Mindestlohn, haben positive Effekte auf die Lohnangleichung zwischen den Geschlechtern. Gerade in Branchen, die von der Einführung des Mindestlohnes stark betroffen sind, z. B. im Gesundheits-

Pflege- und Erziehungswesen oder Gastronomie-sektor (also Dienstleistungsberufe im Niedrig- und Niedrigstlohnsektor), arbeiten nach Ergebnissen des IAB-Betriebspanels 2012 hauptsächlich Frauen. Fast jede vierte Frau (zum Vergleich: nur 14% der Männer) verdiente 2012 weniger als 8,50€ (vgl. IAQ-Report 2014-02). Eine Aufwertung dieser Tätigkeiten konnte das Gender Pay Gap bereits wenige Monate nach dem Inkrafttreten der Regelung um einen Prozentpunkt schließen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, März 2016).

Doch der Mindestlohn hat auch Auswirkungen auf das Arbeitsangebot der Beschäftigten in oben genannten Sektoren: Das Arbeitsangebot wird bestimmt durch den Reservationslohn, also den Lohn, zu dem man gerade bereit ist zu Arbeiten und damit auf Freizeit zu verzichten. Dieser wird durch Instrumente, wie dem Ehegattensplitting oder dem Betreuungsgeld nach oben verzerrt, da man nun

mehr verdienen muss, damit sich der Verzicht auf Freizeit und Betreuungsgeld lohnt (s. oben). Doch der Mindestlohn erhöht das Lohnniveau gerade für niedrig qualifizierte Tätigkeiten so, dass Beschäftigung wieder attraktiver wird und mehr Frauen arbeiten möchten. 2016 lässt sich ein deutlicher Anstieg der Erwerbstätigenquote verzeichnen und viele vormals geringfügige Beschäftigungsverhältnisse wurden im Zuge der Lohnanpassungen in sozialversicherungspflichtige Jobs umgewandelt (vgl. IAB Forschungsbericht 1/2016). Diese positiven Effekte treffen wieder vor allem Arbeitnehmerinnen und führen zu einer verbesserten Arbeitsmarktpartizipation der Frauen.

Der Mindestlohn konnte also Anreize für Gleichstellung schaffen und somit das Gender Pay Gap etwas schließen. Damit ist die Regelung ein Beispiel für gelungene gendergerechte Politik. Doch weitere Veränderungen müssen folgen, um die strukturelle Benachteiligung von Frauen

in Beschäftigung zu überwinden und Chancen und Verantwortung im Arbeits- und Familienleben endlich gerecht zu verteilen. Die Steuer- und Sozialpolitik muss an ein modernes, gleichberechtigtes Gesellschaftsverständnis angepasst werden und den Arbeitnehmer*innen eine echte Wahlfreiheit über ihre Karriere geben. Das heißt, veraltete Modelle, wie das Ehegattensplitting oder das Betreuungsgeld, müssen abgeschafft werden. Stattdessen muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie u. A. durch genügend Kita-Plätze und Ganztagschulen sichergestellt werden. Progressive Familienmodelle müssen staatlich (z. B. durch Familienarbeitszeit) sowie privatwirtschaftlich (z. B. durch flexible Elternzeit) gefördert werden. Denn nur Hand in Hand können Verbesserungen der politischen Rahmenbedingungen und fortschrittliche Angebote für erwerbstätige Eltern in Unternehmen zu einem tatsächlichen Kulturwandel in der Arbeitswelt führen.

DIE AfD - PARTEI DES OSTENS?

von **Marvin Kliem**

Es ist der 13. März 2016. Der Tag, an dem die Landtage in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt neu gewählt werden. An sich ein ganz gewöhnlicher Wahlsonntag mit - mehr oder weniger überraschend - hoher Wahlbeteiligung. Dieser Wahltag wird uns allen noch lange im Gedächtnis bleiben, weil eine Partei, die sich selbst als „Alternative für Deutschland“ sieht, das erste Mal mit sehr hohen Ergebnissen in drei Landtage einzog. Im September dann schließlich auch in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Diese sogenannte Alternative hat sich ein Parteiprogramm geschaffen, das alles andere als alternativ ist: Es ist rassistisch, deutschnationalistisch, homophob, sexistisch und zeigt nur eins: Rückwärtsgewandtheit at its best. Trotzdem wählten viele der Bürger*innen diese Partei: In Baden-Württemberg

15,1%, in Rheinland-Pfalz 12,6% und in Sachsen-Anhalt sogar 24,3%. Bei genauerer Betrachtung der Inhalte und den erzielten Wahlergebnissen dieser Partei, wird jeder Mensch mit geschichtlichem Wissen sofort an die Zeit um 1933 denken, so zum Beispiel die Vorstellung einiger Mitglieder des AfD-Parteivorstandes, an den deutschen Grenzen bewaffnete Soldat*innen zu postieren, die im Falle eines Überschreitens der Grenze durch Zufluchtsuchende diese Waffen gebrauchen sollten. Zahlreiche Interviews, Podiumsdiskussionen und Berichte zeigen allerdings, dass die AfD nicht ausschließlich aus ausländerfeindlichen, homophoben und sexistischen Aspekten gewählt wird. Viele Bürger*innen hätten die AfD gewählt, weil sie die „Politik von da oben“ satt gehabt hätten und damit ihren vermeintlichen Protest deutlich machen wollten. Doch diesen Protest durch Wählen einer Nazi-Partei neuen Typs auszudrücken, ist ei-

ne denkbar schlechte Idee. Es ist nun unser aller Aufgabe, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen und die Menschen wieder zurückzuholen und wieder an die demokratischen Parteien zu binden, die anscheinend für viele in der letzten Zeit nicht mehr die richtigen Antworten auf viele Fragen gegeben haben. Dabei sind folgende Fragen nicht unwesentlich: Was sind die Gründe des Protestwählens? Wie können wir diese Menschen wieder an die demokratischen Parteien binden und welche Schlussfolgerungen kann generell die SPD daraus ziehen? Fragen über Fragen, die im Folgenden - ausschließlich Bezug nehmend auf die Protestwähler*innen - erörtert werden. Um die Gründe des Protestwählens darzustellen, ist es zuallererst einmal notwendig zu klären, welche Personen genau aus Protest rechtspopulistische, antidemokratische Parteien wählen oder sich der Stimmabgabe gänzlich verweigern: Zahlreiche Studien belegen, dass Bürgerinnen und Bürger aus der sozialen Unterschicht mit

einem tendenziell niedrigeren Bildungsstand eher dazu neigen, aus Protest radikale Parteien zu wählen. Beginnend bei der mangelnden Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, bei welchem das Erwerben von Wissen hauptsächlich auch vom Geldbeutel des Elternhauses abhängt: Mit einer geringeren Bildung - gleich welcher Faktoren - eröffnen sich heutzutage nunmal für viele Menschen im Berufsleben viel weniger Möglichkeiten. Dass dabei die Unzufriedenheit der Bürger*innen mit dem politischen System fast schon vorprogrammiert ist, stellt keine besonders revolutionäre Erkenntnis dar. Kommen dann noch andere Faktoren, wie Arbeitslosigkeit und die Angst vor dem gesellschaftlichen sowie sozialen Abstieg dazu, sind perfekte Bedingungen für Frustration und folglichem Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben geschaffen. Natürlich spielt auch die soziale Vernachlässigung eine große Rolle, die durch das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich weiter zunimmt.

In genau diesem Stadium der Selbstzweifel und Verzweiflung über das politische System, ist es für rechte Hassprediger*innen ein Leichtes, Menschen politisch zu radikalieren, indem sie mit populistischem Gehetze Stimmung gegen Geflüchtete machen, um das allgemeine Klima weiter anzuzehnen und die sozial Benachteiligten gegeneinander auszuspielen. Dass diese vermeintlich einfachen Antworten dieser rechten Partei bei den Bürger*innen Gehör finden, zeigt sich besonders in den neuen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und zuletzt Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Aber warum ist die AfD besonders hier so stark? Hat der Osten der Bundesrepublik ein Rassismus-Problem?

Ja, die neuen Bundesländer haben ein klares Rassismus-Problem, jedoch hat diese Art von Rassismus eine Entstehungsgeschichte, die einerseits der Geschichte der Bürger*innen der ehemaligen DDR und

andererseits auch den vielen gegenwärtigen sozialen Schieflagen zugrunde liegt: Richtungsweisend war hierbei die Einheit Deutschlands mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, die den endgültigen Zerfall des politischen Systems der Deutschen Demokratischen Republik bewirkte und somit unter anderem auch das Ende einer absoluten Abschottungs- und Ghettoisierungspolitik bedeutete. Problem daran war, dass durch diese politische Strategie der ehemaligen DDR ein durchaus fruchtbarer Nährboden für Rassismus geschaffen worden ist. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR, die mit der Öffnung der Berliner Mauer am 09.11.1989 begann, stand unter der Devise „Aufschwung Ost“. Darin manifestierten sich die Erwartungen im Westen und vor allem im Osten, möglichst schnell die Lebensstandards anzugleichen. Das Gegenteil war jedoch der Fall: Der Beitritt der früheren DDR zum Bundesgebiet gemäß Art. 23 GG am 03. Oktober 1990 hatte dort eine große

Euphorie bewirkt. Doch dann begann bald ein Stimmungsumschwung ins Negative, der bis heute anhält und auch die alten Bundesländer längst erfasst hat: Die Lage entwickelte sich völlig anders, als erwartet.

Der Produktions-, Beschäftigungs- und Einkommenseinbruch im deutschen Osten nach 1990 überstieg selbst die der Nachkriegsentwicklung: Rückgang der Industrieproduktion um mindestens 40% und folglich auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 15,7% im Jahr 1993. Hundert Tausende mussten in den Vorruhestand gehen, über 300.000 befanden sich in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und etwa genauso viel in Umschulungskursen. Nach dem Fall der Berliner Mauer sind laut dem Statistischen Bundesamt rund 800.000 Menschen in den Westen gewandert. Eine weitere halbe Million entfällt auf Pendler*innen in die westlichen Bundesländer. Von den rund 10 Millionen Erwerbstätigen der DDR gab es Ende 1992 nur noch rund fünf Millionen. Dabei darf

nicht vergessen werden, dass die Hauptbetroffenen dieses Szenarios besonders die Frauen waren, die früher essentiell zum Einkommen der Familien beigetragen haben.

Die sogenannte Wende in den 1990er Jahren kann als klare Transformationskrise angesehen werden: Der Veränderungs- und Anpassungsprozess im Zuge der Wiedervereinigung wurde von politischer als auch ökonomischer Seite an so einigen Stellen verfehlt. Besonders zu nennen ist hierbei das Überstülpen der Wirtschafts-, Eigentums- und Rechtsordnung, die rigorose Liquidierung all dessen, was noch Spuren eines sozialistischen Versuchs aufwies, und die rücksichtslose Missachtung aller bewahrenswerten Erfahrungen und Ansätze für die Lösung sozialer Probleme. Zudem spielte auch die Dominanz westdeutscher Interessen bei wichtigen Ostdeutschland betreffenden Entscheidungen (insbesondere bei der Privatisierung des Volkseigentums durch die Treuhandanstalt), sowie

die fast vollständige Ablösung der Eliten in allen Bereichen der Gesellschaft, in Politik und staatlicher Administration, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur eine essentielle Rolle in dieser Transformationskrise.

Die Schaffung der Treuhandanstalt war jedoch zweifellos das für die Zukunft der neuen Bundesrepublik folgenschwersten Entscheidung. Die bis dahin im kollektiv-genossenschaftlichem Eigentum befindlichen Güter wurden unter die Kontrolle einer einzigen öffentlich-rechtlichen Institution gestellt. Damit sollte das Volksvermögen zusammengehalten und die bis dahin existierenden Betriebe privatisiert werden. Die Treuhandanstalt hat jedoch Betriebe zu schnell stillgelegt, zu wenig saniert ohne ein strukturelles Konzept zu haben.

Von den 14.000 verwalteten Betrieben der Treuhand wurden bis 1994 aufgrund vermeintlicher Unrentabilität 4.000 geschlossen. Die westdeutschen Unternehmen haben – sozusagen – die ostdeutschen Betriebe für sehr wenig

Geld aufgekauft, um sehr hohe Förderungen einzustreichen und die vermeintlich unrentablen Betriebe still zu legen ohne jegliche Förderung zu investieren. Also haben alles in allem die westdeutschen Kapitalinteressen hierbei dominiert und von diesem vermeintlichen Konzept profitiert und gewonnen, weil auch potentielle Konkurrenz aus dem Osten vollkommen ausgeschaltet werden konnte. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden infolge dieser massenhaften Schließungen zwischen 1989 und 1991 mehr als 2,5 Mio. Menschen arbeitslos. Auch die Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Iris Glicke (SPD) sagte in einem Interview, dass die Treuhand das „Symbol eines brutalen, ungezügelter Kapitalismus“ war. Bis heute sind die Fehler sichtbar: viele Arbeitslose, hohe Altersarmut durch u.a. die niedrigen Renten, viel geringere Löhne und Gehälter als im Westen der Bundesrepublik, und vieles mehr. Da verwundert es nicht, wenn

seit der Wende Monat für Monat immer mehr junge Menschen in den Westen ziehen, weil sie dort schlicht und einfach ein finanziell besseres und allgemein schöneres Leben führen können. Am schlimmsten getroffen hat es hierbei besonders das Land Sachsen-Anhalt: Zwischen 1991 und 2012 verlor das Bundesland allein 20% der eigenen Bevölkerung. Gründe hierfür: Besonders Sachsen-Anhalt als das Land mit den zur Zeit der DDR größten Industriebetrieben im Chemie- und Kohle-Abbau-Bereich, war betroffen von den willkürlichen Schließungen der Treuhand. Herausgreifen möchte ich hierbei die Stadt Bitterfeld-Wolfen im Südosten Sachsen-Anhalts, die hierbei am schlimmsten betroffen ist. Im Folgenden eine kurze Aufzählung von mitunter sehr beeindruckenden Zahlen: In den drei großen DDR-Kombinaten „Filmfabrik Wolfen“, „Chemie-Kombinat Bitterfeld“ und dem „Kombinat Braunkohle Bitterfeld“ arbeiteten im Jahr 1989 fast 44.000 Menschen. Diese drei großen Kombinate wurden im Jahr 1990

geschlossen und mehr als 40.000 Arbeitnehmer*innen wurden sofort entlassen. Im Jahr 1989 lebten in der Region mehr als 76.000 Menschen, im Jahr 2014 waren es gerade mal weniger als 42.000 (Tendenz weiter sinkend). Eine derzeitige Arbeitslosenquote von 10%, eine Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen im Stimmkreis Wolfen 61,9% und Bitterfeld 62,0%. Und ein Wahlergebnis für die AfD im Stimmkreis Wolfen von 28,73% und im Stimmkreis Bitterfeld von 31,94%. In keinem anderen Stimmkreis und Bundesland konnte die AfD bisher ein solch hohes Ergebnis erhalten. Wenn nun das Wahlergebnis und alle anderen Umstände miteinander verglichen werden, kann klar ausgesagt werden, dass die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als Protestwahlen definiert werden können, bei denen es einfach darum geht, den im Landtag vertretenen Parteien einen Denkartikel zu verpassen. Eins spielte hierbei die größte Rolle: Der von der AfD geschaffene und instrumentalisierte Sozialneid.

Entstanden durch die Flüchtlingsthematik, die dazu von den Hassprediger*innen missbraucht wurde, um populistische Hetzreden zu halten und den Menschen mit Lügen und Gerüchten Angst zu machen, Hass zu säen und die sozial Schwachen gegeneinander auszuspielen. Und genau aus diesem Grund konnte natürlich die AfD auch in den westdeutschen Bundesländern Stimmen gewinnen – wenn auch nicht in einem derartigen Ausmaß.

Es ist nun die Aufgabe aller demokratischen Parteien, sich mit dieser Situation auseinanderzusetzen und darüber nachzudenken, was denn in den letzten Jahren und Jahrzehnten von der Politik falsch gemacht wurde und wie nun gehandelt werden muss. Laut einer Umfrage von infratest dimap am Wahltag, haben 36% aller Arbeitslosen und 35% aller Arbeiter*innen aus Sachsen-Anhalt die AfD gewählt. In den anderen beiden Bundesländern sieht es hier recht ähnlich aus.

Gerade die SPD hat bei den Landtagswahlen die bittersten

Verluste – besonders in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg – hinnehmen müssen, was natürlich für uns Genossinnen und Genossen die Frage aufwirft, warum genau die SPD so massiv an Wähler*innenstimmen verloren hat. Dabei müssen wir besonders zwei Punkte beachten, die wahrscheinlich einen sehr essentiellen Teil zu diesen desaströsen Ergebnissen beitrugen: Zum einen die oftmals großen Flügelkämpfe mit natürlich einhergehenden Glaubwürdigkeitsproblemen und - damit eng verknüpft - das der Masse der Bevölkerung ferne Spitzenpersonal der Partei, was zu Unmut und Abwendung vieler ehemaliger Wählerinnen und Wähler führte und weiterhin führen wird, wenn es der SPD nicht bald gelingen sollte, richtungsweisende, klare Entscheidungen hin zu einem neuen politischen Konzept zu fällen. Es ist erschreckend zu beobachten, dass das einst größte Wähler*innenklientel der SPD - die der Arbeiter*innen und der sozial schlechter gestellten Menschen - fast vollständig unserer

Partei den Rücken zugekehrt hat. Auch wenn es viele in der SPD nicht wahrhaben wollen, dies ist die Realität: Eine sich selbst als sozialdemokratisch sehende Partei, die jedoch eine Politik macht, die nicht dafür sorgt, dass die sozialen Probleme im Land – wie beispielsweise die immer weiter zunehmende Prekarität vieler Menschen – weitestgehend gemildert und gelöst werden, weil das Halten eines schwarzen Steigbügels doch angenehmer zu sein scheint. Wo ist die SPD, die sich für die Schwächeren in der Gesellschaft einsetzt? Wo ist die SPD, die sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzt? Wo ist die SPD, die Mut zu Veränderungen hat? Und wo ist die SPD, die zeigt, dass die Sozialdemokratie gerade jetzt unbedingt gebraucht wird? Ja, das ist die Realität. Und dies bedarf es umzukehren, wenn wir verhindern wollen, dass Rassist*innen und Demokratiefeind*innen in die Parlamente unseres Landes einziehen. Besonders im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017: Lasst uns

versuchen diese, unsere SPD, wieder zu dem zu machen, was sie war: nämlich menschennah! Programmatisch, wie personell!

JUSOS IM NETZ

Falls Du über dieses Thesenpapier hinaus Lust auf politische Inhalte hast, dann like uns auf **Facebook**, folge uns auf **Twitter** unter **@JusosNdbyern** oder besuch uns auf

jusus-niederbayern.de

Insbesondere aber möchten wir Dir unseren Blog ans Herz legen. Unter

blog.jusus-niederbayern.de

kannst du unsre Meinungen und Inhalte zum Zeitgeschehen verfolgen.

FRANKREICH BRAUCHT KEINE ARBEITSMARKTREFORM

von **Tobias Hartl**

Die Sinnhaftigkeit der Reform

Das lange Warten hat endlich ein Ende: Nach England, Deutschland, Spanien und Italien bekommt nun auch Frankreich seine eigene Agenda 2010. Nur eben ein paar Jahre später. So wirklich glücklich scheint im Nachbarland allerdings fast niemand zu sein: Den Linken ist das Papier zu marktkonform, den Konservativen ist es nicht marktkonform genug. Einzig Premierminister Manuel Valls scheint derart überzeugt von seinen Reformvorschlägen, dass er sie per Sonderregel am Parlament vorbei zum Senat manövrierte.

Nachfolgender Text untersucht die Notwendigkeit einer Arbeitsmarktreform in Frankreich. Anschließend werden die vorgeschlagenen Instrumente auf den Prüfstand gestellt. Der Text schließt mit einer Bewertung der Reformvorhaben.

Reformen ergeben generell dann Sinn, wenn ein System über den gesetzlichen Rahmen hinaus gewachsen ist. Im Falle des Arbeitsmarkts würde dies bedeuten, dass heute fundamental andere Anforderungen an die Arbeitskräfte gestellt werden, als vor wenigen Jahren. Es würde bedeuten, dass strukturelle Verschiebungen stattgefunden haben, welche das gesetzliche Korsett so eng erscheinen lassen, dass es der Wirtschaft die Luft abschnürt und diese zu ersticken droht. Entsprechend sollten ein paar Zeitreihen Aufschluss über die Entwicklung der französischen Ökonomie geben. Würde die Notwendigkeit struktureller Änderungen bestehen, so müssten sich Wachstumspfade verlangsamen oder gar umkehren. Um externe Effekte (wie beispielsweise die Finanzkrise) zu eliminieren, wird das Nachbarland Deutschland, das vergleichbaren Schwankungen unterliegt,

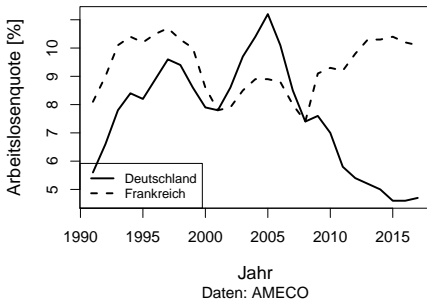


Abbildung 3: *Jährliche Arbeitslosenquoten*

zu Vergleichszwecken mit aufgeführt.

Wie Manuel Valls nicht müde wird zu erläutern, dient die Arbeitsmarktreform in erster Linie der Reduktion der Arbeitslosigkeit. Um einen kurzen Überblick über die französische Situation zu bekommen, stellt Abbildung 3 die Arbeitslosenquoten der beiden Volkswirtschaften gegenüber. Wie die Grafik zeigt, fluktuieren die Zuwächse und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit auf einem ähnlichen Niveau. Gleichzeitig erreichte die Arbeitslosenquote Deutschlands 2005 ihr Maximum und verringerte sich anschließend rapide. Dies wird bis heute als größte Leistung der Agenda 2010 gewertet. Gleich-

zeitig divergieren ab 2005 die beiden Arbeitslosenquoten: Während Deutschland das Langzeitief seit der Wiedervereinigung feiert, klettert Frankreich auf das Hoch von 1995. Eindeutig können unterschiedliche Entwicklungen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit ausgemacht werden. Entsprechend gilt es im Folgenden, die Gründe für diese divergente Entwicklung zu finden.

Hierfür visualisieren die Abbildungen 4 und 5 das Wirtschaftswachstum sowie die Stundenproduktivität der beiden Volkswirtschaften. Es ist eindeutig zu sehen, dass die französische Ökonomie vor der Krise etwas stärker wuchs als die deutsche. Zwar scheint Frankreich nach der Krise von Deutschland überholt zu werden, jedoch rührt dies in erster Linie aus dem größeren Aufholprozess, der in Deutschland notwendig war, um die Folgen der Finanzkrise zu überwinden. Jedenfalls lässt das Wirtschaftswachstum Frankreichs keine strukturellen Änderungen erkennen. Sofern jedoch bereits vor Beginn der Beobachtungen strukturelle Un-

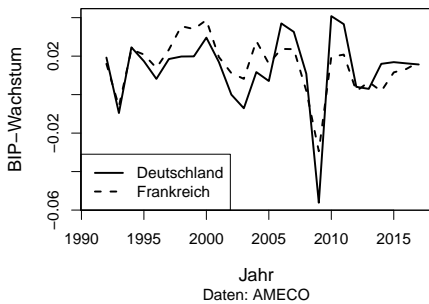


Abbildung 4: *BIP-Wachstum*

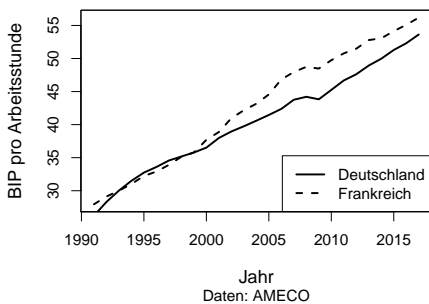


Abbildung 5: *BIP pro Arbeitsstunde*

gleichgewichte zwischen Frankreich und Deutschland bestanden haben, wird dies nicht durch das Wirtschaftswachstum abgebildet. Hierüber liefert jedoch die Stundenproduktivität, also das Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitsstunde, Aufschluss. Wie die Grafik eindeutig aufzeigt, waren bis etwa zur Jahrtausendwende die Produktivitäten pro Stunde von Frankreich und Deutschland na-

hezu identisch. Mit Beginn der Zweitausender jedoch weist, entgegen der initialen Vermutung, Frankreich eine höhere Stundenproduktivität auf. Entsprechend wird im Mittel in Frankreich pro Stunde eine höhere Wertschöpfung erzielt, als im Musterland Deutschland. Hinsichtlich der Produktivität ergibt sich daher keinerlei Notwendigkeit für eine Reform.

Wenn, wie gezeigt, die Produktivität nicht der Grund für die unterschiedliche Arbeitslosigkeit ist, so bleibt noch die Überprüfung der Faktorpreise. Ist der Faktor Arbeit in Frankreich vergleichsweise teuer relativ zu Deutschland, so sinkt die Wettbewerbsfähigkeit, da deutsche Unternehmen günstiger produzieren können (trotz geringerer Produktivität). Abbildung 6 visualisiert hierzu die Entwicklung des realen Stundenlohns. Obgleich die beiden Länder bis Anfang der 2000er ähnliche Reallohnzuwächse verzeichnen, steigt der preisbereinigte Stundenlohn Frankreichs konstant an, während der deutsche Reallohn in etwa zur Zeit der

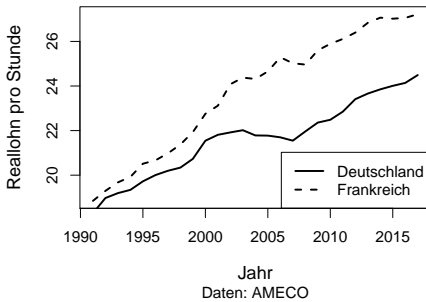


Abbildung 6: Entwicklung des realen Stundenlohns

Agenda 2010 zu sinken beginnt und erst ab 2008 wieder ansteigt. Ab 2008 gleichen sich die Wachstumsraten der Reallöhne an - sie entwickeln sich damit erneut parallel. Abbildung 6 veranschaulicht, dass die Wettbewerbsungleichheit zwischen Frankreich und Deutschland eine Folge ungleicher Reallohnentwicklungen ist. Da Frankreich seinen Wachstumspfad nicht verlässt, während Deutschland im Rahmen der Agenda 2010 davon abweicht, muss festgestellt werden, ob der initiale Wachstumspfad zu hoch gewählt war, und daher eine Korrektur erfolgen musste, oder ob jene Korrektur nur dem Zweck der Wettbewerbsverzer-

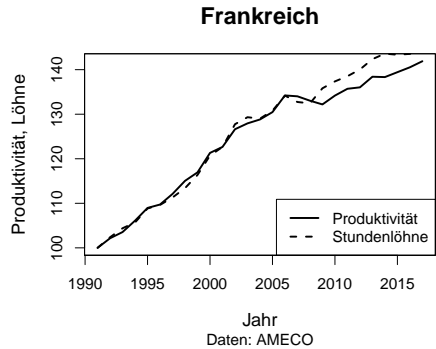


Abbildung 7: Lohn- und Produktivitätsentwicklung Frankreich

rung diene und damit die hohe Arbeitslosigkeit Frankreichs keine Folge struktureller Fehler, sondern ein Resultat des Arbeitslosigkeitsexports Deutschlands infolge der gedrückten Reallöhne ist. Hierzu wird das langfristige Gleichgewicht der Lohnzuwächse, namentlich der Normalanstieg, betrachtet. Dieser setzt sich zusammen aus Inflationsziel (hier: 2%) und Produktivitätszuwachs. Entsprechend müssen, um dem Gleichgewicht zu folgen, Reallöhne mit der Produktivität wachsen. Der Pfad der Reallöhne, sowie die Entwicklung der Produktivität, wird in Abbildung 7 und 8 für beide Länder abgetragen. Zwar weicht Frank-

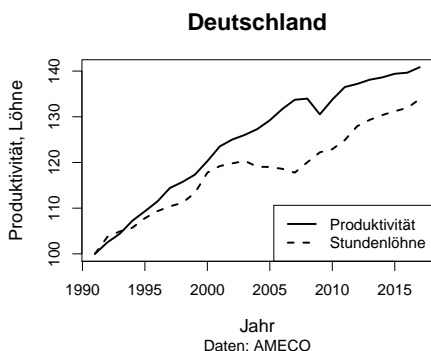


Abbildung 8: Lohn- und Produktivitätsentwicklung Deutschland

reich nach der Finanzkrise geringfügig von seinem Gleichgewichtspfad ab, jedoch geht gravierende Wettbewerbsverzerrung von der deutschen Lohnmoderation aus. Damit kann auch der Treiber der Arbeitslosigkeitsentwicklung in Frankreich einfach identifiziert werden: Infolge der Lohnzurückhaltung Deutschlands ergab sich eine Verzerrung der Stückkosten zu Gunsten der deutschen Produzenten. Nun hätte Frankreich in der Theorie die Möglichkeit, mittels der angestrebten Arbeitsmarktreform ebenfalls die Löhne gravierend zu drücken und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland aufzuholen. Dass dies keine langfristige Alternati-

ve darstellt, zeigt nachfolgender Abschnitt.

Die Abweichung vom Gleichgewichtszustand

Der Normalanstieg heißt nicht umsonst Normalanstieg, und charakterisiert nicht grundlos den Gleichgewichtszustand. Würden Reallöhne stärker als die Produktivität steigen, so hätten die Beschäftigten an einem gewissen Zeitpunkt eine höhere Kaufkraft als die Anzahl der Waren, die sie in ihrem Binnenmarkt erwerben können. Die daraus resultierenden Folgen können an Griechenland abgelesen werden: Die heimische Wirtschaft kollabiert unter den Auslandskrediten. Steigen die Reallöhne hingegen geringer als die Produktivität, so wird jede Periode ein Überschuss produziert, der nicht von den inländischen Konsument*innen nachgefragt werden kann. Entsprechend ergibt sich eine anschwellende Exportabhängigkeit (vgl. Deutschland). Langfristig muss der Reallohn stets mit der Produktivität steigen, da jede produzierte Ware eine Person benötigt, die sie nach-

fragt.

Würde nun Frankreich dem deutschen (und englischen, und italienischen, usw.) Beispiel folgen und eine Politik der Lohnmoderation betreiben, so könnten sie Marktanteile von Deutschland abwerben. Deutschland konnte eben nur deshalb seine Arbeitslosigkeit derart senken, gar exportieren, indem es sich durch Lohnmoderation relativ billiger zum Ausland gemacht hat. Folgt das Ausland nun diesem Trend, so steigt natürlicherweise die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter an, sodass Deutschland einer Agenda 2020 bedürfte. In einer endlosen Spirale der Lohnkürzungen gefangen würde der europäische Binnenmarkt sich langsam auflösen und das Ergebnis wäre eine Katastrophe, ein ökonomischer Super-Gau, ausgelöst von falsch verstandenem Neoliberalismus und der Gier nach Vollbeschäftigung. Bereits jetzt lassen sich die Folgen der Lohndrückerei ablesen: Zwar hat Deutschland ein Minimum an Arbeitslosigkeit, jedoch sind infolge der Lohnkürzungen und Gewinnma-

ximierungen die Renteneinnahmen derart gesunken, dass eine kostenneutrale Ausfinanzierung des Rentensystems für den Staat nahezu unmöglich scheint. Es ist keine Schwierigkeit, zu erahnen, wo jenes Geld, das den Rentenkassen nun fehlt, im Ergebnis gelandet ist.

Die langfristige Lösung

Wenn aber nun die französische Politik tatsächlich ihren Verstand benutzen und zum Ergebnis kommen sollte, dass Gleichgewichtsabweichungen keine langfristige Lösung sein können, welche Option bleibt Frankreich dann, um das Problem seiner Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen? Nun, einerseits müsste dafür zunächst Deutschland zu einer vernünftigen Lohnpolitik gezwungen werden, was, gegeben der aktuellen wirtschaftspolitischen Strategie der Bundesregierung, als äußerst unrealistisch betrachtet werden kann. Andererseits ergäbe sich im Rahmen Europas durchaus die Möglichkeit, Lohnkonvergenzziele festzuschreiben und verbindlich zu

machen. Schließlich ist Frankreich nicht der einzige europäische Staat, dessen Binnennachfrage gerade durch die deutsche Lohnmoderation umgelenkt wird. Andererseits dürfte es Deutschland langfristig schwer fallen, die geringen Lohnzuwächse aufrecht zu erhalten. Schließlich müssen Renten, das Gesundheitssystem und alle weiteren Sozialleistungen aus Steuern finanziert werden, die in erster Linie auf Löhne anfallen. Eine Politik, die Lohnstückkosten minimiert, minimiert gleichzeitig immer auch Steuereinnahmen. Ferner umfassen die französischen Reformpläne im Wesentlichen drei Punkte, namentlich die Ausweitung der Arbeitszeit, die Aufweichung von Arbeitnehmer*innenrechten wie Kündigungsschutz und Überstundenregeln sowie schlussendlich das Umgehen von Tarifregelungen durch Betriebstarife. Letztere beiden Punkte stellen auf die klassische Lohnmoderation ab, wie sie in Deutschland auch auf die Agenda 2010 gefolgt ist. Mit der Ausweitung der Arbeitszeit hingegen erhöht sich die Wochen-

arbeitszeit im Mittel um rund 15 Prozent - und damit die Arbeitsbelastung von denjenigen, die ohnehin in Beschäftigung sind. Entsprechend wird das Mehr an Auftragsengängen durch die Lohnmoderation in erster Linie durch die bestehende Belegschaft aufgefangen, ehe sich Neueinstellungen ergeben. Dass es demnach im Zuge der Reform zu einer signifikanten Reduktion der Arbeitslosigkeit kommt, ist höchst unsicher, wenn nicht sogar nahezu unmöglich.

Die französische Agenda ist von vorne herein zum Scheitern verurteilt. Langfristig hat sie das Potential, eine Spirale des Lohnrückens in Europa auszulösen, ohne dass jegliche positiven Effekte von ihr zu erwarten sind. Europa braucht jedoch keinen falsch verstandenen Neoliberalismus, gepaart mit einem Kampf um den immer kleiner werdenden europäischen Binnenraum. Stattdessen egoistischer und ineffizienter Kleinstaaterei bedarf es einer gemeinsamen, solidarischen Lohn- und Fiskalpolitik.

WIR SIND EUROPA!

von **Anna Kassautzki**
und **Julia Stuckenberg**

Was wir derzeit in Europa erleben ist ein besorgniserregender Rechtsruck der Parteien innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten. Beispielhaft ist hier die nationalkonservative, populistische Partei PiS in Polen zu nennen, die seit 2015 die Regierungsgeschäfte übernommen hat. Im gleichen Jahr konnte in Frankreich nur durch den anfänglichen Zusammenschluss von Republikanern und Sozialisten im zweiten Wahlgang verhindert werden, dass der rechtsextreme Front National in den einzelnen Regionen an die Regierung kam. Auch Deutschland bleibt nicht verschont: Die „Alternative für Deutschland“, die seit ihrer Gründung 2013 immer weiter nach rechts gerückt ist, konnte 2016 aus dem Stand bei mehreren Landtagswahlen beängstigend viele Wählerstimmen

auf sich vereinen.

Mit dieser Entwicklung geht immer wieder die Forderung einher, Probleme wieder auf der nationalen statt auf der europäischen Ebene zu lösen - es zeichnet sich eine Rückentwicklung der Europäischen Union (EU) in ihrem Projekt eines geeinten Europas ab. Die Errungenschaften der EU treten immer weiter in den Hintergrund. Dazu gehören unter anderem die Personenfreizügigkeit, die Warenverkehrsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit. Ein*e Deutsche*r kann problemlos in Spanien wohnen und arbeiten, ohne vorher viele Anträge und Formulare ausfüllen zu müssen, in den Supermärkten haben wir günstig Produkte aus ganz Europa, da der Zoll wegfällt. Der große Einfluss, den allein diese drei Punkte auf den Alltag eines*einer jeden EU-Bürger*in haben, scheint in Vergessenheit zu geraten. Die weitaus größ-

te Errungenschaft, die heute als Selbstverständlichkeit hingenommen wird, ist der Frieden, der seit Jahrzehnten durch die Europäische Union und ihre Vorgängerorganisationen eine stabile Basis erhält. Dieser Friede sollte für uns keine Selbstverständlichkeit sein, sondern als das erkannt werden, was er ist: Ein Paradies, für das es sich lohnt einzustehen. Sozialdemokrat*innen müssen deswegen dafür kämpfen, diesen Frieden zu erhalten. Dafür müssen wir über die nationalen Grenzen hinweg mit Sozialist*innen aller europäischen Länder zusammenarbeiten, für unsere Werte einstehen und stark sein gegen populistische, rechte und rechtsextreme Parolen.

Schon seit den 1980er Jahren macht außerdem der Begriff der Politikverdrossenheit Karriere. Seit dieser Zeit sinkt die Beteiligung nicht nur an den Bundestagswahlen, sondern auch an den Wahlen zum Europaparlament kontinuierlich. Zwischen 1979 und 2014 ist die Wahlbetei-

ligung um fast 20 Prozentpunkte zurückgegangen. Das ist eine erschreckende Entwicklung, wenn man bedenkt, welchen Einfluss politische Entscheidungen auf das alltägliche Leben aller Bürger*innen haben. Die Gründe für diese zunehmende Politikverdrossenheit sind vielfältig: Fehler in der Politik, nicht eingehaltene Wahlversprechen, nicht länger in ihren Inhalten zu unterscheidende Parteiprogramme, Mangel an Bildung. Die europäische Ebene scheint dem*der Bürger*in weit entfernt zu sein. Oftmals sind die Namen der Politiker*innen, die aus dem eigenen Land entsendet worden sind, weitgehend unbekannt. Hier gilt es einzuhalten – die Bürger*innen müssen verstärkt über politische Persönlichkeiten, Prozesse und Inhalte, insbesondere auf der europäischen Ebene aufgeklärt werden. Da Demokratie eng mit Kompromissen verknüpft ist, kann niemand erwarten, dass jedes Wahlversprechen detailgetreu eingehalten wird. Allerdings müs-

sen Politiker*innen ausreichend Rechenschaft ablegen und die Bürger*innen darüber aufklären, wieso das Versprechen nicht in vollem Umfang gehalten werden konnte. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA müssen außerdem unter diesen Umständen offen gerechtfertigt und diskutiert werden. Der*die Bürger*in darf nicht mehr das Gefühl haben, außen vor zu bleiben. Deswegen fordern wir mehr Transparenz in politischen Prozessen!

Das bedeutet auch, dem*der Bürger*in verstärkt Bildungsmöglichkeiten anzubieten. Die derzeitige politische Bildungssituation ist katastrophal. Ein Beispiel: Auf einer politischen Bildungsreise wird von älteren Genoss*innen gefragt, ob es denn der Bundesrat sei, der den Bundespräsidenten wähle – in der Runde wusste niemand wirklich eine Antwort. Politische Bildung sollte allerdings nicht erst im Alter, sondern schon früher vermehrt ausgebaut werden. Sozialkundestunden werden gekürzt, weil es

ja „kein Hauptfach ist“, obwohl hier Grundsteine für ein demokratisches Selbstverständnis gelegt werden. Jungen Menschen muss bereits an den Schulen, über das derzeitige Maß hinaus, demokratische Grundsätze und politische Bildung nahegebracht werden. Das funktioniert allerdings nicht, wenn Schulen nur als Rekrutierungspool für Unternehmen gesehen werden, Kinder schon früh nach Leistung in das dreigliedrige Schulsystem eingeordnet werden und nur ausreichend gelehrt wird, was von Firmen gefragt ist. Solange sich hier nichts ändert, fordern wir, dass die Sozialdemokrat*innen selbst aktiv werden, eigene Bildungsprogramme verstärken, die Partei-schule reaktivieren, sich auf allen Ebenen für verbesserte Möglichkeiten einsetzen und über diesen Weg gleichzeitig an vielen Stellen mangelnder Bildung die Vermittlung von Wissen entgegensetzen! Ebenso wichtig ist es auf allen politischen Ebenen wieder zurückzufinden zu einer klaren sozial-

demokratischen Linie, die sich deutlich von den anderen Parteien und auf europäischer Ebene von den anderen Dachverbänden abgrenzen lässt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen bei den Sozialdemokrat*innen bei Entscheidungen über das politische Vorgehen wieder an erster Stelle stehen. Kein Einknicken gegenüber rechtspopulistischen und grundkonservativen Forderungen! Das bedeutet beispielsweise auf der Bundesebene, dass eine GroKo keine Option mehr darstellt. Der Zustand und das Verhalten der einzelnen Parteien auf Bundesebene wirken auch immer auf die Einschätzung der Leistungen auf der europäischen Ebene. Das bedeutet auch, dass den Bürger*innen klar gemacht werden muss, dass Entscheidungen, die im Europaparlament getroffen werden, durch die nationalen Parlamente abgesegnet werden. Die Bundesparteien müssen daher aufhören, die aus ihrer Sicht schlechten Entscheidungen den Politiker*innen der euro-

päischen Ebene in die Schuhe zu schieben. Sie müssen stattdessen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen.

Der Schutz der Umwelt ebenso wie der Umgang mit und die Bekämpfung von Wirtschaftskrisen sowie eine vernünftige Asylpolitik sind auf rein nationalstaatlicher Ebene nicht mehr zu leisten. Wer von der Globalisierung profitiert, muss auch seine Politik auf einer höheren Ebene fortsetzen, um Erfolge verzeichnen zu können und Lösungen für Probleme zu finden, die eine globalisierte Welt mit sich bringt. Zudem hat die Europäische Union den Bürger*innen viele Freiheiten gebracht, die erhaltenswert sind. Daher braucht es die europäische Ebene und damit auch eine funktionierende, demokratische Europäische Union. Diese Union muss das Vertrauen ihrer Bürger*innen zurück gewinnen, um legitime Entscheidungen für alle treffen zu können. Hierfür braucht es ein starkes Europaparlament. Durch den Lissaboner Vertrag wurden

diesem bereits mehr Rechte eingeräumt und das Parlament wirkt nun gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union an Gesetzen mit. Dies gilt jedoch nicht für alle Bereiche. Die Außen- und Sicherheitspolitik liegt weiterhin ausschließlich in der Hand des Rates. Dass so keine funktionsfähigen Lösungen Zustandekommen können, hat die zweite Hälfte des Jahres 2015 gezeigt, als tausende Menschen Zuflucht innerhalb der Grenzen Europas suchten und teilweise auf Zäune statt auf offene Arme stießen. Sozialdemokratische Grundsätze dürfen nicht an den Grenzen Europas halt machen. Menschen, die vor Krieg, Armut und Hunger fliehen, müssen ein Recht auf eine lebenswürdige Perspektive innerhalb unserer Reihen haben. Deswegen brauchen wir eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik. Um das erreichen zu können fordern wir Jusos, die Stärkung des Europaparlaments, dass die einzige legislative Macht sein muss. Außerdem müssen Mit-

gliedstaaten, die derzeit in eine Richtung abdriften, die mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren ist, wieder auf diese Rechte verpflichtet werden und eine verstärkte Sanktionierung bei Nichteinhaltung der Europäischen Verträge eingeführt werden.

Schlussendlich lässt sich sagen, dass trotz vieler Probleme, die die Europäische Union im Moment hat - und einige davon sind gewiss gravierend -, diese nicht aufgegeben werden darf. Gerade die Sozialdemokrat*innen müssen ihren Einfluss nutzen, um Reformen voranzubringen, die die Europäische Union voll funktionsfähig werden lassen, und mit Bildung und Aufklärung gleichzeitig die Außenwirkung verbessern, sodass die Bürger*innen ihr Vertrauen in die Institution zurückgewinnen können. Dieses Vertrauen erfordert zielgerichtete Mechanismen, die der generellen Politikverdrossenheit entgegenwirken und den Teufelskreis, in den die EU zu geraten droht, durchbrechen können.

KRIEG UND FRIEDEN

von **Simon Schaarschmidt**

Rüstungsexporte

Die deutsche Industrie ist einer der stärksten Exporteure für Güter aller Art und rühmt sich selbst als Exportweltmeister. Das ist alles schön und gut, jedoch belegt sie auch im Bereich der Waffensexporte schon seit Jahren einen Spitzenplatz weltweit.

Seit der Jahrtausendwende lag der Wert der genehmigten Rüstungsexportgüter durchgehend bei über drei Milliarden Euro pro Jahr. Hier zeigt sich, dieser Trend wurde auch unter der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung nicht abgeschwächt. Nach Russland und den USA belegt Deutschland regelmäßig den dritten Platz in der Rangliste der Rüstungsexporteure. Diese Exportwut der deutschen Rüstungswirtschaft erreichte im Jahr 2013 ihren Höhepunkt: Die deutsche Regierung genehmigte Rüstungsexporte im Wert von 5,85 Milliarden

Euro.

Gesetzlich wird die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Kriegswaffen und in so genannte Dual-Use Güter kategorisiert. Letztere sind Güter, die sowohl zivil, als auch militärisch eingesetzt werden können. Der Export von Dual-Use Gütern wird durch die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) in Verbindung mit der europäischen Dual-Use Verordnung ((EG) Nr. 428/2009 (Dual Use)) beschränkt. Die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegswaffen werden im Grundgesetz Art. 26 II und im Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) geregelt. Darin wird eindeutig die Verantwortung zur Genehmigung von diesen Kriegswaffenexporten an die Regierung verwiesen. Es kann nicht sein, dass hier sehenden Auges hingegenommen wird, wie Krisenregionen durch Waffen, welche bei uns hergestellt werden und wurden, immer gefährlicher werden.

Es ist außerdem sehr fragwürdig,

welchen Ländern wir Waffen liefern. Ein auch medial, sehr umstrittenes Land ist Saudi-Arabien, welches zu den autoritärsten Ländern weltweit gezählt wird. Menschenrechte werden missachtet, politische Gegner werden eingesperrt und gefoltert. Es ist ebenso kritisch, Waffen in Regionen mit hohen politischen Spannungen zu liefern.

Auch müssen Exporte in Staaten mit sehr laschen Waffenkontrollgesetzen überdacht werden. Davon wäre auch unser größter Kunde, die Vereinigten Staaten von Amerika betroffen.

Es gibt Rüstungsexporte, die ihre Berechtigung haben. Nach aktuellem Stand spricht nichts dagegen, unsere Partner und Freunde in der Europäischen Union, mit Rüstungsgütern auszustatten, die sie benötigen, um ihren nationalen als auch internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Die Zukunft ist aber nicht die Einzelstaaterei, sondern ein gemeinsames Verteidigungselement, um die notwendigen finanziellen Mittel als auch die Anzahl der notwendigen Kriegsgüter deutlich

zu verringern und ein Mehr an Sicherheit für alle zu schaffen. Ein mögliches Konstrukt wäre die Schaffung eines Waffendepots, das von den Vereinten Nationen (UN) geführt und kontrolliert wird. Bewaffnete Einsätze unter UN Mandat würden nur noch mit diesen Waffen durchgeführt werden und Nationalstaaten dürften nur noch einen minimalen Waffenvorrat an Kleinwaffen besitzen, zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (unter Einhaltung von Gesetzen, Grundrechten und sonstigen internationalen Verträgen). Um dieses Ziel zu erreichen ist eine Umstrukturierung der UN und die Aufgabe aller nationalen Kriegsarmeen notwendig.

Wer glaubt, dass diese Rüstungsexporte der deutschen Wirtschaft und durch ihre Besteuerung dem Gemeinwohl dienen, der zieht die falschen Schlüsse. Waffen, die wir heute weltweit an diverse Länder verkaufen, können in kürzester Zeit gegen unsere eigenen Soldat*innen und die unserer Verbündeten eingesetzt werden. In Kriegsgebieten ist es nicht

selten, dass ganze Waffenarsenale in die Hände von terroristischen Vereinigungen, Drogenkartellen, War Lords oder skrupellosen Waffenschieber*innen fallen. Gerade in Zeiten, in denen Krisen weltweit zunehmen und deutsche und europäische Soldat*innen immer mehr Einsätze in allen möglichen Regionen dieser Welt übernehmen sollen, muss mit Rüstungsexporten besonnen vorgegangen werden. In den letzten Jahren verdichteten sich die Hinweise, dass Kämpfer*innen des so genannten Islamischen Staates (IS) deutsche Waffen für den Terror im Nahen Osten verwendet haben und wohl auch weiterhin dazu verwenden werden.

Alle Abgeordneten des Bundestages – insbesondere unsere sozialdemokratischen Vertreter*innen – müssen den gesetzlichen Rahmen für Herstellung und Verkauf von Kriegswaffen aus Deutschland überarbeiten und so weit wie möglich einschränken. Wir dürfen nicht weiterzusehen, dass Waffen, „Made in Germany“, bei Massakern, Kriegen, bewaffneten Konflikten oder ähnlichen Verbre-

chen eingesetzt werden. Wir müssen unsere Politik des maßlosen Exports grundlegend ändern.

Aus sicherheitspolitischer Sicht ist es eindeutig, dass die deutliche Begrenzung von Waffenausporten sowohl das Gefahrenpotential von Krisen verringert, als auch gleichzeitig unsere Soldat*innen und die unserer Verbündeten schützt.

Entwicklungspolitik

Eine deutlich bessere Methode um Krisen zu bewältigen oder erst gar nicht entstehen zu lassen, ist die Entwicklungshilfe. Es ist die Pflicht der reichen Industrienationen, den Ländern zu helfen, die sie im Lauf ihrer Geschichte bis aufs Letzte ausgebeutet haben und auch heute noch, auf subtilere Art als früher ausbeuten. Unser Luxusleben finanziert sich hauptsächlich über eben diese Ausbeutung von ärmeren Ländern. Die Bevölkerung dieser Länder stellt Waren für unseren Konsum her, die bei uns zu diesen Niedrigstpreisen und damit einhergehenden Arbeitsumständen nicht mehr

realisierbar wären. Unter erbärmlichen Bedingungen müssen Frauen, Männer und Kinder unsere Massenkonsumprodukte herstellen und dabei hochgradig gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen hinnehmen. Sie werden Chemikalien ausgesetzt, die gravierende Langzeitschäden verursachen oder bekommen keine Schutzkleidung um Verletzungen zu vermeiden. Verstümmelte Arbeitnehmer*innen sind hierbei keine Seltenheit.

Wie schlecht es um die internationale Solidarität bestellt ist, sieht man an den im Jahr 2000 erstellten und beschlossenen Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Darin legte die Weltgemeinschaft fest, dass bis zum Jahr 2015 acht Ziele erfüllt werden müssen. Einige dieser Ziele wurden erreicht, wie zum Beispiel die Halbierung der Armut, was aber vor allem in Asien gelang und weniger in den afrikanischen Ländern.

Die Vereinten Nationen empfehlen ihren Mitgliedsstaaten zum Erreichen der Ziele jähr-

lich einen Betrag in Höhe von 0,7% ihres jeweiligen Brutto-Inlandsproduktes für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Im Jahr 2015 belegte die Bundesrepublik Deutschland mit 17,78 Mrd USD hinter den USA mit 31,08 Mrd USD und Großbritannien mit 18,7 Mrd USD den dritten Platz. Auf den ersten Blick anscheinend ein sehr positiver Wert, jedoch muss hier am BIP gemessen werden. Daraufhin betrachtet ergibt sich ein beschämendes Bild für die meisten Länder der Vereinten Nationen. Gerade einmal Norwegen, Schweden und Großbritannien schafften es im vergangenen Jahr das Soll der UN von 0,7% zu erreichen. Der Durchschnitt lag bei gerade mal 0,4% und selbst diesen hat Deutschland unterschritten mit gerade einmal 0,38% des BIP. Diese Wert kann von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht länger hingenommen werden. Die Entwicklungshilfe muss deutlich erhöht werden, sowohl im Haushaltsplan als auch in der Priorisierung der Ausgabenposten. Es ist nicht tragbar,

dass ein Verteidigungshaushalt beschlossen wird dessen Etat fast doppelt so hoch ist wie der für die Entwicklungshilfe.

Dabei ist gerade die Entwicklungshilfe enorm wichtig. Der wichtigste Grund liegt auf der Hand: die humanitäre Verpflichtung. Der Wert einer Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Würde sich die Weltgemeinschaft nun daran messen lassen, bekäme sie ein eher schlechtes Zeugnis ausgestellt. Eine Gesellschaft, der es im Schnitt gerade einmal 0,4% ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung wert ist sich um die von der Teilhabe Ausgeschlossenen und Vernachlässigten zu kümmern, ist eine Gesellschaft die nicht tragbar ist. Gerade jetzt sehen wir auch bei uns in Europa und an unseren Grenzen die Auswirkungen von verfehlter Entwicklungshilfe. Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Mit einer geplanten und richtig angesetzten Entwicklungshilfe der UN und streng kontrollierten Rüstungsexporten

hätte ein Großteil der Fluchtursachen im Keim erstickt oder auch von Anfang an vermieden werden können. Die Menschen fliehen vor Terror, Gewalt und aus Perspektivlosigkeit. Genau hier muss die Weltgemeinschaft ansetzen. Flüchtenden wird nicht geholfen, indem man Grenzen abriegelt, mit anderen Ländern fragwürdige Abkommen schließt und dessen Folgen einfach ignoriert. Es muss jetzt gehandelt werden. Zum einen kann das Handeln in Taten geäußert werden aber auch durch Unterlassen kann Entwicklungsländern schon geholfen werden. Es muss Geld in Projekte investiert werden die den Menschen vor Ort helfen und ihnen eine Chance bieten. Das Ziel muss sein: Hilfe zur Selbsthilfe. (Erklärung) Die Entwicklungsländer sollen, mit gezielt eingesetzten Mitteln, aus eigener Verantwortung und aus eigener Kraft den Anschluss an die Lebensstandards der Industrienationen schaffen. Wir möchten keine Zustände der Kolonialzeit wieder hervorrufen, indem sich die reichen Länder

als Bourgeoisie aufspielen, die ärmere Länder belehren wollen und als nicht ebenbürtig behandeln. Es muss von Anfang an klar sein, dass wir gleichberechtigte Partner*innen sind und unseren Partner*innen solidarisch zur Seite stehen. Dieser Anspruch soll jedoch nicht dazu verleiten, blauäugig Geld nach Übersee zu pumpen ohne zu kontrollieren, an wen das Geld geht und wem es zugutekommt. Gelder sollen nicht dazu verwendet werden, Despoten zu finanzieren. Das Geld soll den Benachteiligten zugutekommen, und so der Gesellschaft als Ganzes, und nicht den Luxus der Elite finanzieren. Doch nicht nur mit Ausgaben in Milliarden Höhe wäre diesen Ländern geholfen, es wäre auch schon ein großer Fortschritt, wenn wir Europäer aufhören würden die Märkte in Afrika mit unseren EU-subventionierten Lebensmitteln zu überfluten. Die einheimischen Lebensmittelproduzent*innen können mit den Dumpingpreisen der europäischen Überproduktion nicht mithalten und werden von uns

direkt aus dem Markt gedrängt. Mit diesem unsolidarischen und wettbewerbsverzerrenden Verhalten entziehen wir vielen Menschen, die auf die Lebensmittelproduktion angewiesen sind, ihre Lebensgrundlage. Mit dieser Praxis muss Schluss gemacht werden. Die Märkte dieser Länder müssen sich erholen können, stärken und somit auch das Land stabilisieren.

Auch durch einen Boykott von Gütern, die etwa durch Kinderarbeit hergestellt wurden wäre ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Länder beigetragen. Es muss sichergestellt sein, dass solche und ähnliche Produktionsweisen durch unsere Verbraucher*innen nicht mehr durch Unwissen oder Ignoranz finanziert werden. Erfreulicherweise haben Gütesiegel, wie das Fair Trade Siegel, in den vergangenen Jahren stark zugelegt und immer mehr Menschen achten auf diese Siegel. Es sollte jedoch unser Ziel sein, dass solche Gütesiegel nicht mehr von Nöten sind, um die Rechte der Menschen, eine artgerechte

Behandlung und Haltung von Tieren, sowie den Umweltschutz einzuhalten.

Entwicklungshilfe zahlt sich in vielerlei Hinsicht auch für uns aus: Mit der Hilfe vor Ort bekämpfen wir aktiv und ohne Waffen Terrorvereinigungen, die versuchen sich dort einzunisten und zu etablieren. Menschen, die ein gesichertes Einkommen und eine sichere Lebensgrundlage haben, werden dies nicht so schnell aufs Spiel setzen und sich einer Terrormiliz anschließen. Warum sollten sie auch, sie haben ja eine Perspektive. Weniger Terror bedeutet schlussendlich mehr Sicherheit, sowohl vor Ort als auch bei uns. Durch die Befriedung von Krisenregionen können sich auch die Staaten stabilisieren und demokratischen Strukturen aufbauen und festigen. Zur Erreichung der Ziele von Paris werden die Entwicklungsländer benötigt. Zum einen kann durch den Aufschwung, neue Technik, die der Bevölkerung vor Ort das Leben erleichtern und den Ausstoß von Treibhausgasen der breiten Masse senken. Ein

noch viel wichtigerer Teil wäre jedoch das Brandrodren das in großen Gebieten des Amazonas vorgenommen wird um den Bedarf der westlichen Welt zu decken, zu beenden.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht zahlt sich die Entwicklungshilfe für uns aus, was auch der Großkonzern Google erkannt hat. Dieser möchte in Entwicklungsländern weltweit nun kostenloses Internet verbreiten, da sich hier ein riesiger Markt ergibt. Dieser Punkt muss uns allen klar sein, steigt der Wohlstand in den Entwicklungsländern in der breiten Bevölkerung, so öffnet sich auch ein neuer Markt für alle Teilnehmer*innen in der ganzen Welt.

Wir müssen die Chancengleichheit für alle Menschen dieser Welt erreichen. Egal wo die Menschen herkommen, welche Hautfarbe, Religion oder sexuelle Orientierung sie haben mögen, es ist die Pflicht unserer und aller folgenden Generationen, das bestehende Ungleichgewicht zu beseitigen.

WENN DER SCHWARZE HUND MEHR FRISST ALS NUR DIE HAUSAUFGABEN...

von **Luisa Haag**

Depressionen - eine deutsche Volkskrankheit

Laut einer Studie der WHO leiden circa 4 Millionen Menschen in Deutschland an einer Depression, oder stecken in einer depressiven Phase. Somit kann die Depression ohne weiteres als Volkskrankheit in Deutschland bezeichnet werden. Dennoch nehmen viele Außenstehende diese „Trauer“ nicht als ernstzunehmende Krankheit wahr. Aussagen wie „Reiß’ dich einfach ein bisschen zusammen!“ oder „Mach’ dir ein paar schöne Tage und dann wird es dir schon bessergehen!“, bekommen Betroffene nicht selten zu hören. Doch dass mit einer Depression viel mehr verbunden ist als schlechte Stimmung, können sich die wenigsten vorstellen.

Symptome und Warnsignale – bis hin zum Suizid

Das Internationale Klassifikationssystem ICD-10 nennt Müdigkeit, Antriebsmangel, Interessenverlust, Freudlosigkeit und depressive Stimmung als Hauptsymptome für eine Depression. Wichtig dabei ist, dass die depressive Stimmung, die Betroffene verspüren, nicht mit einfacher Trauer gleichzusetzen ist. Als weitere Symptome werden unter anderen Schlaflosigkeit, verminderter Appetit und das Gefühl von Schuld und Wertlosigkeit angeführt. Des Weiteren kann eine Depression auch mit körperlichen Beschwerden, wie Atemnot und Druckgefühlen auf der Brust einhergehen. Nicht selten verlassen Betroffene kaum noch das Bett und vernachlässigen Freunde und Familie. Hinzu kommen bei 70 bis 80 % der erkrankten Menschen eine Angststörung und bei 15% sogar Wahnvorstellungen. Nicht selten sind Selbsttö-

tungsgedanken und auch selbstverletzende Handlungen die ständigen Begleiter von depressiven Menschen.

Wenn wir heute an depressive und lebensmüde Menschen denken, haben wir alte Menschen vor Augen - Menschen, die ein schweres Schicksal haben, in einer Lebenskrise stecken, eine tragische Diagnose bekommen haben. Selten kommen einem junge Menschen, die ihr ganzes Leben noch vor sich haben, oder gar Kinder und Jugendliche, die doch eigentliche Unbeschwertheit und Lebensfreude ausstrahlen, vor Augen. Doch die Realität ist definitiv eine andere. Selbsttötung ist in Deutschland, nach Verkehrsunfällen, die zweithäufigste Todesursache junger Menschen unter 25 Jahren.

Tabuisierung und Werther-Effekt

Doch woher kommt diese verschobene Wahrnehmung der Gesellschaft? Wieso ist sowohl über Depressionen, als auch über Zahlen zu Selbsttötungsdelikten so wenig bekannt? Ein Hauptgrund dafür mag die größtenteils feh-

lende mediale Berichterstattung sein. Pietät gegenüber Angehörigen kann hier als Motivation genannt werden. Weiterhin spricht auch der „Werther-Effekt“ gegen ein Berichten über Suizide. Der Medienpsychologe Benedikt Till äußerte 2011 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, dass es bereits seit 1974 fundierte Dokumentationen zu diesem Effekt der Nachahmung gibt. Er merkt an, dass jedes Mal, wenn ein prominenter Selbsttötungsfall ausführlich und emotional in den Nachrichten erläutert wird, die Suizidraten enorm ansteigen. Als im Jahr 1774 Johann Wolfgang von Goethes Roman „Die Leiden des jungen Werther“ erschien, nahmen sich im Zuge dessen zahlreiche junge Männer das Leben, und gaben somit diesem Phänomen seinen Namen.

Laut einer Langzeitstudie von Sonja Swanson von der Harvard School of Public Health und Ian Colman von der University of Ottawa, steigt vor allem bei Jugendlichen die Gefahr eines Suizids, wenn irgendjemand in ihrem Umfeld Selbsttötung begangen hat. Vor allem Klassengemeinschaften

bergen hierfür eine versteckte Gefahr. Wenn ein Mitschüler oder eine Mitschülerin sich selbst getötet hat, ist das Risiko nicht nur für die engsten Freunde, sondern auch für vermeintlich Außenstehende, die nichts mit dem Betroffenen zu tun hatten, hoch. Die Studie von Swanson und Colman ergab, dass vor allem die Gruppe der 12- bis 13-Jährigen davon betroffen war. 15,3 % der Jugendlichen, die einen Suizid in ihrem Umfeld erlebt haben, hatten selber Selbsttötungsgedanken. Bei den Jugendlichen, welche diese Erfahrung nicht gemacht hatten, waren es nur 3,4 %. Weiterhin versuchten sich 7,5 % der ersten Gruppe das Leben zu nehmen. Bei der zweiten Gruppe waren es nur 1,7 %.

Schule als Lebens(?)raum

Diese Zahlen können die Bezeichnung der Schule, als Dreh- und Angelpunkt in Bezug auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, nur unterstützen. Daher scheint der Gedanke, dass umfangreiche Präventions- und Interventionssysteme und Maßnahmen zum Schulalltag ge-

hören müssen, nur sinnvoll. Eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Jahr 2011 fasst die Grundsätze zur Sicherheit an Schulen zusammen. Fälle von Suizid fallen laut dieser Verkündung in den Aufgabenbereich des KIBBS. Bereits der Name des Unterstützungssystems „Kriseninterventions- und -bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen“ lässt das fehlende Präventionsprogramm erahnen. KIBBS tritt erst dann in Erscheinung, wenn die sogenannte Krise bereits ausgebrochen ist. Als Beispiele werden hier der (Unfall)Tod eines Schülers, einer Schülerin oder einer Lehrkraft, Gewaltdrohungen, ein Amoklauf oder auch ein Suizid angeführt. Die pädagogische Prävention und ein Sicherheitskonzept, welches mit der Polizei vor Ort zu erstellen ist, fallen in den Zuständigkeitsbereich der Schule. Professionelle psychologische Betreuung im Vorfeld sucht man hier vergebens. Natürlich gibt es Schulpsychologen und Schulpsychologinnen, welche für einzelne

Schule zuständig sind und innerhalb ihrer Sprechzeiten erreichbar sind. Jedoch ist, laut eines Berichts des BR, jeder Schulpsychologe und jede Schulpsychologin in Bayern durchschnittlich für 1500 Schülerinnen und Schüler verantwortlich. Diese enorme Anzahl kann noch intensiviert werden, wenn man bedenkt, dass die bayerischen Schulpsycholog*innen größtenteils in Teilzeitverhältnissen arbeiten. Weiterhin sind die Präsenzzeiten an den Schulen sehr gering, da eine Lehrkraft häufig für mehrere Schulen zuständig ist. Eine angemessene Beobachtung und Prävention ist bei dieser Menge an Kindern und Jugendlichen nicht möglich. Eine weitere Möglichkeit, um suizidgefährdete Schülerinnen und Schüler zu erkennen, wäre die Jugendsozialarbeit an Schulen. Laut der Homepage des JaS stellen die Jugendämter vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest, bei welchen Schulen ein jugendrechtlicher Handlungsbedarf besteht. Explizit werden Schulen mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen genannt. Gymnasien erfüllen diese Kriterien

schlichtweg nicht, und auch an Realschulen kommt das JaS nur sehr selten zum Einsatz.

Es kann also festgestellt werden, dass das System, um psychische Dispositionen innerhalb des Lebensraums Schule schwer bis kaum erkannt werden können. Diese These kann auch durch die Tatsache gestützt werden, dass es vor allem bei jungen Kindern im Bereich der Depressionen oft zu Fehldiagnosen kommt. Ein Kind fällt in der Schule durch besonders hohe Aggressionsbereitschaft auf. Die Diagnose lautet in solchen Fällen sehr oft ADHS und wird medikamentös behandelt. Die wahre Ursache – häufig eine Depression – wird dadurch nicht behoben.

Eine grundlegende Reform der schulischen Prävention ist folglich dringend notwendig, um lebensmüde Kinder und Jugendliche zu schützen und den schwarzen Hund aus ihrem Leben zu vertreiben. Ein Aufbrechen der Tabuisierung und ein Reden über den befremdlich wirkenden Wunsch zu Sterben kann hier nur ein Anfang sein.



Euer Kontakt zu uns:

**Jungsozialist*innen in der SPD
Bezirk Niederbayern**

**Thurmayrstraße 11
94315 Straubing
Telefon: +49 (0)9421 18 51 73
Telefax: +49 (0)9421 4 33 87**

E-Mail: mail@jusos-niederbayern.de

Website: www.jusos-niederbayern.de

**Weitere Inhalte findet ihr auf unserem Blog:
blog.jusos-niederbayern.de**

**Vi.S.d.P.:
Tobias Hartl, Schulstr. 1a, 84389 Postmünster**

**Layout & Gestaltung:
Tobias Pietsch
Tobias Hartl**